

LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

1.

WOHNUNGSBAU ANKURBELN

Wir werden in Baden-Württemberg die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wieder deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann. Dazu senken wir Baukosten, schaffen Spielräume für einfacheres Bauen, beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren und verbessern die rechtlichen Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist klar: einfacher bauen, schneller genehmigen, bezahlbar wohnen.

Dazu werden wir:

- die **Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung** im Sinne einer 1:1-Kofinanzierung auf das Niveau der Bundesförderung **erhöhen**.
- die **Grunderwerbsteuer senken** um die Baukosten zu dämpfen. Beim Ersterwerb von Wohneigentum wird diese Steuer komplett entfallen.
- einen **umfassenden Bürokratieabbau** im Baubereich anstreben. Die Bauverwaltung wird gestrafft und weitreichend digitalisiert.
- **einen Leitfaden für kostenreduziertes Bauen in Baden-Württemberg einführen** und einfaches, wirtschaftliches und bezahlbares Bauen verbindlich in Verwaltung und Praxis verankern.
- **kostenrelevante Baustandards systematisch überprüfen** und bestehende Spielräume für rechtssichere, fachlich vertretbare und wirtschaftlich sinnvolle Abweichungen konsequent nutzen.
- **die Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau deutlich beschleunigen** – durch Digitalisierung, parallele Bearbeitungsschritte und ein verbindliches Termincontrolling.
- **mehr Rechtssicherheit für einfaches und kostengünstiges Bauen schaffen** und die vorhandenen Spielräume im Landesrecht und in der Verwaltungspraxis konsequent ausschöpfen.
- **uns gegenüber dem Bund für die notwendigen bundesrechtlichen Regelungen zum Gebäudetyp E einsetzen** und zugleich die landesrechtlichen und untergesetzlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel überprüfen, den Wohnungsbau dauerhaft zu vereinfachen und zu vergünstigen.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

2.

INFRASTRUKTUR SANIEREN

Wir werden den Erhalt und die Sanierung von Straßen und Brücken in Baden-Württemberg priorisieren und deutlich beschleunigen, um Verkehrssicherheit, Leistungsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort zu sichern. Dazu verstetigen und erhöhen wir die Erhaltungsmittel, setzen ein mehrjähriges Sanierungs- und Ersatzneubauprogramm um und beschleunigen Planung und Genehmigung durch praxistaugliche Verfahren sowie stärkere Verwaltungskapazitäten. Dazu werden wir:

- die **Erhaltungsmittel** auf das erforderliche Niveau **anheben** (Verdoppelung auf ca. 350 Mio. Euro/Jahr) und die Finanzierung langfristig und verlässlich ausgestalten,
- uns für **verlässliche Finanzierungsperspektiven** auch im Bereich der Bundesfern- und der kommunalen Straßen einsetzen,
- ein **verbindliches Programm** für **Brückensanierung** und **Ersatzneubau** umsetzen, um Sperrungen und erhebliche Verkehrsbehinderungen zu vermeiden,
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren** praxistauglich **beschleunigen** und die Kapazitäten der Straßenbauverwaltung ausbauen,
- **partnerschaftliches Bauen stärken** – insbesondere bei komplexen, termin- oder risikobehafteten Infrastrukturvorhaben: Kooperative Modelle sollen Baukompetenz frühzeitig einbinden und eine gemeinsame Steuerung von Kosten, Terminen und Qualität ermöglichen; dabei sichern wir Transparenz, Wettbewerb und eine mittelstandsgerechte Ausgestaltung,
- die **Digitalisierung** im Straßen- und Brückenbau so ausrichten, dass Building Information Modeling „**Mehrwert statt Mehraufwand**“ schafft und im Projektalltag Nutzen für alle Beteiligten stiftet – in der Planung (Qualität/Effizienz), im Bau (ausführungsreife Modelle/stabile Abläufe), im Betrieb (vollständige, kompatible Daten) und für Auftraggeber (Kosten-/Terminsicherheit).

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

3. BILDUNGSPOLITIK IM FOKUS

Wir werden in Baden-Württemberg die Bildungspolitik in den Fokus rücken.

Dazu werden wir:

- zu einer **schulischen Grundbildung** mit Schwerpunkt auf den **Basiskompetenzen** zurückkehren.
- die **Förderung der beruflichen Ausbildung massiv stärken** – mit attraktiven Lernorten, moderner Ausstattung und ansprechendem Erscheinungsbild sowie zeitgemäßen Ausbildungsinhalten, die von gut geschulten Ausbildungsmitarbeitenden und Lehrern vermittelt werden. Diese setzen eine ausreichende Förderung von Bund und Land voraus.
- **ausreichend** und gut **ausgestattete Studienplätze** an den Bau-Fakultäten bereitstellen. Dazu gehört auch ein Angebot für die Reduzierung der Studienabbrecher in den Ingenieurstudiengängen durch mangelhafte Eingangskompetenzen.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

4.

KOMMUNEN WIEDER HANDLUNGSFÄHIG MACHEN

Wir werden die Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg so stärken, dass sie ihre Pflichtaufgaben zuverlässig erfüllen und dauerhaft in die kommunale Infrastruktur investieren können. Kommunale Investitionen sind Kern der Daseinsvorsorge – sie sichern Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude sowie Wasser- und Abwasserinfrastruktur.

Wenn Kommunen über Jahre kaum noch investieren und entsprechend wenige Bauaufträge vergeben, entsteht eine gefährliche Abwärtsspirale: Gerade Bauunternehmen, die schwerpunktmäßig für kommunale Auftraggeber tätig sind, verlieren Auslastung, müssen Personal und Ausbildung reduzieren und geraten teils in existenzielle Schwierigkeiten. Gehen Kapazitäten und Betriebe dauerhaft verloren, fehlen später die notwendigen Fachkräfte und Unternehmen, um Sanierungen und Reparaturen zeitnah umzusetzen. Dann wird aus einem Investitionsstau ein Umsetzungsstau – mit schnellerem Substanzverfall, längeren Sperrungen und massiv steigenden Kosten, weil irgendwann jede Straße, jede Brücke und jedes Gebäude zwingend saniert werden muss. Dazu werden wir:

- **Konnextität konsequent durchsetzen („Wer bestellt, bezahlt“)** – **Investitionen schützen:** Neue oder ausgeweitete Pflichtaufgaben von Bund und Land werden nur umgesetzt, wenn ihre Finanzierung dauerhaft, vollständig und dynamisiert gesichert ist. Kommunale Haushalte dürfen nicht so belastet werden, dass Erhalt und Sanierung systematisch verdrängt werden.
- **Aufgaben, Standards und Verfahren entschlacken – praxistauglich priorisieren:** Wir führen einen verbindlichen Aufgaben- und Standardscheck ein. Wo Vorgaben über das notwendige Maß hinausgehen, schaffen wir Spielräume durch Stufenmodelle, Mindeststandards und Vereinfachungen, damit Kommunen wieder steuern und investieren können.
- **Investitionen verstetigen – planbare Ausschreibungen statt Stop-and-go:** Wir schaffen verlässliche, mehrjährige Investitionsrahmen, damit Kommunen kontinuierlich ausschreiben können. So bleiben Baukapazitäten, Fachkräfte und Ausbildung im Land erhalten – und Infrastruktur kann wirtschaftlicher instand gehalten werden.
- **Förderung und Umsetzung beschleunigen – Mittel schneller auf die Baustelle bringen:** Wir vereinfachen Förderprogramme, reduzieren Nachweis- und Berichtspflichten und digitalisieren Verfahren, damit Mittel zügig in konkrete Projekte und Vergaben überführt werden.
- **Erhalt vor Verschleiß – Sanierung zur Priorität machen:** Wir setzen den Schwerpunkt auf Substanzerhalt und Modernisierung. Präventiver Unterhalt ist deutlich günstiger als spätere Grundsanierungen oder Ersatzneubauten und reduziert Folgekosten und Ausfälle.
- Bei komplexen Baumaßnahmen anregen, dass die Kommunen einen **Verfahrenssteuerer** bestimmen, um die verschiedenen Behörden / Ämter zu koordinieren. Dadurch sollen sich die Genehmigungsverfahren deutlich verkürzen.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

5.

NACHHALTIGKEIT

Die Koalition verfolgt eine nachhaltige Bau- und Wohnungspolitik, die Klimaschutz, Klimaresilienz und Wirtschaftlichkeit verbindet. Sie setzt auf eine technologieoffene, innovationsfreundliche Baupolitik mit Fokus auf den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden und versteht die Bauwirtschaft als zentralen Partner der Transformation.

Dazu werden wir:

- Innovationen, neue Baustoffe und klimaresiliente Bauweisen durch **technologieoffene** Förderprogramme, Reallabore und Pilotprojekte unterstützen.
- Normen, technische Baubestimmungen und Zulassungsverfahren praxisnah weiterentwickeln, um **innovative Bauweisen schneller und rechtssicher** umsetzen zu können.
- die bestehende Holzbauförderung weiterentwickeln zu einer **“Bauoffensive Baden-Württemberg”**: einfach, innovativer und nachhaltig bauen.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche





LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

6.

KREISLAUFWIRTSCHAFT IM BAU STÄRKEN

Wir werden die Kreislaufwirtschaft im Bau stärken und Baden-Württemberg zu einer treibenden Kraft für eine schnelle, praxistaugliche Novelle der Ersatzbaustoffverordnung machen. Die Evaluierung des Umweltbundesamts zeigt klar: Die Verordnung erreicht ihr Ziel bislang nicht. Mineralische Ersatzbaustoffe werden nicht verstärkt in technischen Bauwerken eingesetzt, Stoffströme verbleiben weitgehend in den bisherigen Entsorgungswegen, und es bestehen Hinweise auf Verschiebungen in Richtung Deponie. Auch die Umweltministerkonferenz hat festgestellt, dass die Ersatzbaustoffverordnung zeitnah vereinfacht und praxispflichtig weiterentwickelt werden muss.

Dazu werden wir:

- **Baden-Württemberg auf Bundesebene zum Antreiber einer schnellen Novelle machen:** Die vom Umweltbundesamt benannten Hemmnisse und die von Umweltbundesamt und Umweltministerkonferenz als konsensfähig bewerteten Lösungsansätze müssen jetzt zügig in Bundesrecht umgesetzt werden. Dazu gehören insbesondere praktikable Einbaubedingungen, weniger Bürokratie bei Dokumentationspflichten, praxistaugliche Regeln für Analytik und Güteüberwachung sowie klare, rechtssichere Standortvorgaben.
- **Im Landesvollzug jeden zusätzlichen Hemmschuh beseitigen:** Solange der Bund die Verordnung überarbeitet, werden wir in Baden-Württemberg sicherstellen, dass Landesumweltministerium, Regierungspräsidien und Landratsämter die ohnehin strengen Bundesvorgaben einheitlich, rechtssicher und praxispflichtig anwenden. Es darf keine landeseigenen Verschärfungen, keine überdehnte Auslegung und keine Fehlsteuerungen durch Vollzugshilfen geben. Gerade bei der Abgrenzung technischer Bauwerke von bodenähnlichen Anwendungen werden wir verhindern, dass zulässige Verwertungswege im Verwaltungsvollzug wieder abgeschnitten werden.
- **Recyclingbaustoffe endlich gleichstellen statt benachteiligen:** Wer Primärrohstoffe ersetzen und Deponieraum schonen will, muss Wettbewerbsnachteile für güteüberwachte mineralische Ersatzbaustoffe konsequent abbauen. Deshalb setzen wir uns für klare und unbürokratische Regelungen zum Abfallende, für die Beseitigung sachlich nicht gerechtfertigter Benachteiligungen gegenüber Primärbaustoffen und für einen tatsächlichen Marktzugang von Recyclingbaustoffen ein – auch bei öffentlichen Bauvorhaben.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

7. DIGITALISIERUNG & BIM

Wir setzen auf eine konsequente Digitalisierung auch im Baubereich. Dazu werden wir:

- ein verpflichtendes, **landeseinheitliches, digitales Fachverfahren** für alle unteren Bau-rechtsbehörden einführen, das den Bauantrag einschließlich Prüfung, Fachbeteiligung, Nachforderung, Fristenkontrolle und digitalem Bescheid vollständig medienbruchfrei abbildet.
- BIM bei eigenen Hochbau- und Infrastrukturprojekten **als verbindlichen Standard** einführen. Darauf aufbauend führen die Kommunen BIM schrittweise, beginnend mit Pilot-projekten, bei Neubauten sowie größeren Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen ein und beteiligen sich an der Einführung BIM gestützter Bauantrags und Prüfverfahren über Serviceportale und landesweit einheitliche Standards. Ziel ist eine durchgängig di-gitale Prozesskette, eine verbesserte Zusammenarbeit aller Beteiligten, weniger Pla-nungsfehler sowie eine höhere Kosten- und Terminalsicherheit.
- sämtliche öffentlichen Bauvergaben von Land und Kommunen verpflichtend auf einer **einheitlichen, landesweiten Vergabepattform** mit standardisierten Leistungsverzeichnissen (GAEB/XÖV-konform) und medienbruchfreier Angebots- und Zuschlags-kommunikation bündeln.
- die bereits vorhandenen digitalen Standards (openBIM/IFC, GAEB, XÖV, XRechnung) **verbindlich landeseinheitlich**, versionssicher und verpflichtend miteinander verknüpft **anwenden** und deren Interoperabilität sicherstellen. Nur so entstehen durchgängige, medienbruchfreie Prozesse ohne Mehrfacherfassung und unterschiedliche kommunale Anforderungen für Unternehmen.
- ein mehrjähriges, niedrighwelliges Förderprogramm **„Digitale Bauunternehmen BW“** für Bauunternehmen – insbesondere KMU – auflegen, das Investitionen in Hard- und Software (BIM, ERP, digitale Baustelle, KI-Anwendungen), IT-Sicherheit und Schnitt-stellen ebenso unterstützt wie praxisnahe Beratung, Prozessumstellung, Implementie-rungsbegleitung und Weiterbildung der Beschäftigten. Gefördert werden müssen nicht nur einzelne Tools, sondern die ganzheitliche Einführung durchgängiger digitaler Ge-schäfts- und Baustellenprozesse – von der Planung über Vergabe und Bauausführung bis zur Abrechnung.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

8.

KEINE NEUEN BÜROKRATISCHEN BELASTUNGEN VON BAU-VERGABEN

Die Vergabe von Bau-Aufträgen werden wir so schlank und unbürokratisch wie möglich ausgestalten und sie insbesondere nicht mit vergabefremden Kriterien belasten. Die öffentliche Vergabe von Bauaufträgen soll für möglichst viele potenzielle Bieter attraktiv sein; der Wettbewerb darf nicht durch vergabefremde Voraussetzungen und bürokratischen Aufwand belastet und eingeeengt werden.

Die im Bund und Land bestehenden Regelungen zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs und zur Vermeidung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit, inkl. der Aufgaben des Zoll, der Sozialversicherungsträger und der Sozialkassen halten wir für ausreichend.

Daher werden wir:

- im Bereich der Bau-Vergaben des Landes und der Kommunen in Baden-Württemberg **keine neuen zusätzliche Kriterien**, Voraussetzungen, Nachweise und Haftungen schaffen,
 - weder als Eignungs- noch als Zuschlagskriterien,
 - weder durch Gesetzgebung, noch durch Richtlinien, Förderbedingungen oder Vorgaben landeseigener bzw. landesnaher Auftraggeber (z. B. einer Landeswohnungsbaugesellschaft);
- das **bestehende Landestarifreue-** und Mindestlohngesetz **nicht ausweiten**;
- die Einhaltung des gesetzlichen, bundesweiten Mindestlohnes nach MiLoG als ausreichend ansehen;
- keine zusätzlichen sog. Tarifreue-Nachweise o.ä. einführen;
- **keine weiteren** Haftungstatbestände, Kontrollpflichten und Legalitätsnachweise für Auftragnehmer von Bauaufträgen in Baden-Württemberg zusätzlich **zu den schon bestehenden Vorgaben** einführen.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche



LÖSUNGEN

FÜR ECHTEN FORTSCHRITT

9.

GEFAHRSTOFFVERORDNUNG UND ASBESTSICHERHEIT

Die Koalitionspartner setzen sich für einen wirksamen und praxisgerechten Arbeitsschutz im Bauwesen ein. Ziel ist es, sowohl die Gesundheit der Beschäftigten - aber auch der Umwelt und anderer Personen - zuverlässig zu schützen als auch für Planungssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen für die ausführenden Betriebe zu sorgen.

Stärkung der Veranlasserverantwortung bei der Asbesterkundung

Wir werden uns daher u.a. über den Bundesrat gegenüber dem Bund dafür einsetzen, die Regelungen der Gefahrstoffverordnung im Sinne der ausführenden Betriebe weiterzuentwickeln und insbesondere die Verantwortung für die Erkundung möglicher Asbestbelastungen vor Beginn von Bau- und Sanierungsmaßnahmen klarer beim Veranlasser zu verankern.

Damit greifen wir die fachlichen Empfehlungen aus dem Gesetzgebungsverfahren sowie aus den Beratungen des „nationalen Asbestdialoges“ auf. Nur eine frühzeitige und strukturierte Erkundung durch den verantwortlichen Veranlasser ermöglicht eine verlässliche Planung der Maßnahmen, stärkt den Gesundheitsschutz der Beschäftigten, der Bewohner und anderer Personen sowie der Umwelt. Ferner schafft man dadurch für Handwerks- und Bauunternehmen die notwendige Kalkulations- und Rechtssicherheit.

Stärkung der beruflichen Selbstverwaltung bei Asbestqualifikationen

Die Koalitionspartner bekennen sich zur hohen Ausbildungsqualität und zur Integrität der Organisationen des Handwerks und der Bauwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund werden wir prüfen und konkret in Aussicht stellen, geeignete Bildungsorganisationen der Wirtschaft mit der Durchführung von Prüfungen für Qualifikationen im Umgang mit Asbest (sogenannte „Asbestscheine“) zu beleihen.

Damit knüpfen wir an bewährte Strukturen der beruflichen Aus- und Fortbildung an. Die Branche verfügt über langjährige Erfahrung in der Organisation qualitätsgesicherter Lehrgänge und Prüfungen, etwa in der Aufstiegsfortbildung. Eine entsprechende Beleihung kann dazu beitragen, Qualifizierungsangebote effizient, praxisnah, bedarfsgerecht und flächendeckend bereitzustellen und die Verwaltung zu entlasten.

Impulse der Bauwirtschaft
für die Sondierungsgespräche

